

FRAKTIONSINFO

SPD IN DER BVV PANKOW

Die SPD-Fraktion wünscht
allen Pankowerinnen und Pankowern
eine schöne Adventszeit und
frohe Festtage 2010!

Inhalt

| | |
|--|---------|
| SPD-Fraktion will Dr. Nelken missbilligen | Seite 1 |
| Aktionen am Anti-Gewalt-Tag | Seite 2 |
| 38. BVV: Anträge der SPD-Fraktion | Seite 2 |
| Pressemitteilungen: | |
| Jetzt: Zukunft der Kulturprojekte sichern! (2.11.2010) | Seite 4 |
| SPD will sofortigen Baustopp in der Kollwitzstraße 42 (22.11.2010) | Seite 5 |
| SPD will Missbilligung von Stadtrat Nelken (25.11.2010) | Seite 6 |

Missbilligung für Linke-Stadtrat

SPD-Fraktion will Dr. Nelken missbilligen

Zur Tagung am 1. Dezember 2010 bringt die SPD-Fraktion in der BVV Pankow eine Missbilligung des Bezirksstadtrats für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung, Dr. Michail Nelken (Linke) ein. Anlass dafür ist das fortgesetzte Nichtumsetzen zweier BVV-Beschlüsse, die im Zusammenhang mit der Umwidmung des Eliashof zur Schule stehen. So hatte die BVV bereits am 1. April 2009 dafür votiert, dass die Abteilung Kultur ein Konzept zur Verlagerung der dort noch ansässigen Jugendkulturangebote vorzugsweise in bezirkliche Objekte erstellt. Die Ersatzstandorte sollten „umgehend“ geschaffen werden. Ein zweiter BVV-Beschluss sieht einen Zeit- und Maßnahmenplan für den Umzug dieser Projekte vor. Inzwischen ist die Schule eröffnet und wurde unter anderem dem renommierten Kinder- und Jugendtheater „Murkelbühne“ zum Jahresende gekündigt. Bis heute sind keine neuen Standorte gefunden. Nachdem sich Pleiten, Pech und Pannen im Verantwortungsbereich des Bezirksstadtrates häufen, ist dies der Tropfen, der das Fass zum

Überlaufen bringt. Die SPD-Fraktion will kein „würde“, „könnte“, „müsste“ mehr hören, sondern Taten sehen.

Die Fraktion informiert Aktionen am Anti-Gewalt-Tag

Am 25. November wehte wieder die Aktionsfahne „Frei leben ohne Gewalt“ bundesweit vor Rathäusern und öffentlichen Einrichtungen - Anlass dafür war der internationale Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen!“. Im Bezirk Pankow fand deshalb nun schon zum achten Mal auch die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ statt. Gemeinsam mit der Polizei sowie Mitarbeiterinnen von Beratungs- und Zufluchtseinrichtungen und der bezirklichen Gleichstellungsbeauftragten verteilten Bezirksverordnete Bäckereitüten mit diesem Aufdruck – daran beteiligten sich die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein sowie die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des BVV- Ausschusses für Gleichstellung und Integration, Rona Tietje.

Der Gedenk- und Aktionstag geht auf die Ermordung der Schwestern Mirabal in der Dominikanischen Republik am 25. November 1960 zurück. Der Mut der drei Schwestern bei ihrem Kampf gegen Diktator Trujillo gilt inzwischen als Symbol für Frauen weltweit, die nötige Kraft für das Eintreten gegen jegliches Unrecht zu entwickeln. Lateinamerikanische und karibische Feministinnen riefen bei einem Treffen 1981 im kolumbianischen Bogotá das Todesdatum der drei Frauen zum Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Mädchen und Frauen aus. Seit 1999 ist der 25. November von den Vereinten Nationen offiziell als internationaler Gedenktag anerkannt.

An diesem Tag setzen Berliner Unternehmen Zeichen. Anliegen ihrer Kampagne ist es, Bürgerinnen und Bürger für das Problem der häuslichen Gewalt zu sensibilisieren und zu mehr nachbarschaftlicher Aufmerksamkeit zu motivieren. Mit dem Aufdruck „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ unterstützt die Kaiser's Tengelmann AG langjährig die Kampagne. So wurden 500.000 Bäckertüten in den BackStops der Kaiser's Filialen in vielen Bezirken verteilt – in Pankow in der Zeit von 16 bis 18 Uhr bei den Filialen in der Winsstraße 18 - 20 und der Greifswalder Straße 86, hier waren auch die SPD- Bezirksverordneten zu treffen.

An den drei zentralen Dienstgebäuden des Bezirksamtes Pankow wurde die Fahne „NEIN zu Gewalt an Frauen – Frei leben ohne Gewalt“ gehisst. Die Fahnenaktion wurde bereits zum zehnten Mal von der Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes veranstaltet.

BVV-Sitzung am 1. Dezember 2010 Anträge der SPD-Fraktion

Zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 1. Dezember 2010 wird die SPD-Fraktion sechs Anträge einreichen: Für eine Milieuschutzverordnung für das bisherige Sanierungsgebiet Wollankstraße (VI-1197), zu Alternativen für die Initiativen im Eliashof (VI-1199), für Maßnahmen gegen den Schleichverkehr in der Winsstraße (VI-1201) sowie zu Liefer- und Ladezonen in der Prenzlauer Allee (VI-1202). Außerdem sollen zwei stellvertretende Bürgerdeputierte nachgewählt werden (VI-1204) und stellt die SPD-Fraktion eine Große Anfrage über die Auswirkungen der Kürzung der Städtebauförderung (VI-1198). Ferner strengt sie eine Missbilligung des Bezirksstadtrates Dr. Nelken (VI-1206) an (siehe Seite 1).

Nachwahl stellvertretender Bürgerdeputierter

In der Oktober-Ausgabe des FraktionsInfo wurde bereits über personelle Veränderungen in der SPD-Fraktion berichtet. Durch das Nachrücken von Mechthild Schoman und Jens-Peter Franke (beide vormals Bürgerdeputierte) in die Reihe der Bezirksverordneten werden gemäß dem Bezirksverordnetengesetz (BezVG) Sven Mekarides und Judy Bärman (beide vormals

stellvertretende Bürgerdeputierte) ordentliche Bürgerdeputierte. Nun wählt die BVV zwei neue Stellvertreter für die Ausschüsse Schule und Sport sowie Bürgerbeteiligung, Eingaben, Wohnen, Bürgerdienste und Geschäftsordnung: Die SPD-Fraktion hat in ihrer Sitzung am 22. November Michael Pohl für den Eingabenausschuss und Rainer Unglehart für den Schulausschuss nominiert und reicht jetzt einen entsprechenden Antrag in die BVV ein.

Milieuschutzverordnung für das bisherige Sanierungsgebiet Wollankstraße aufstellen

Die SPD-Fraktion will mit diesem Antrag erreichen, dass für das ehemalige Sanierungsgebiet Pankow-Wollankstraße eine sogenannte Erhaltungsverordnung erlassen wird. Solch eine Verordnung ist ein Instrument, um unsoziale Mietensteigerungen zu verhindern und Bestandsmieter zu schützen. Dadurch können bauliche Maßnahmen untersagt werden, welche die im Erhaltungsgebiet üblichen Standards wesentlich überschreiten. Das kann beispielsweise Zweitsanierungen vorbeugen, die erhebliche Mietensteigerungen zur Folge hätten. Mietensteigerungen aufgrund von Sanierungen stellen eine der häufigsten Ursachen für die Verdrängung von Bestandsmietern dar. In der Begründung des Antrages verweist die SPD-Fraktion auf die Sozialstudie zum Abschluss der Sanierungen im Gebiet Wollankstraße 2010. Diese Studie empfiehlt den Erlass einer solchen Schutzsatzung für das Gebiet zu prüfen, da andernfalls 20 bis 40 Prozent der ansässigen Bestandsmieter von einer Verdrängung bedroht wären.

Alternativen für die Initiativen im Eliashof

Gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordert die SPD das Bezirksamt mit diesem Antrag auf, schnellstmöglich Vorschläge für Alternativstandorte für die bisher im Eliashof ansässigen Initiativen zu unterbreiten. Hintergrund ist die Umwidmung des Eliashof zu einem Schulstandort. Bereits im April 2009 ist das Bezirksamt erstmalig aufgefordert worden, ein tragfähiges Konzept für die Verlagerung der ansässigen Projekte zu entwickeln. Dennoch fehlen bis heute neue Standorte für die meisten Initiativen. Insbesondere verweisen die beiden Fraktionen auf das ungewisse Schicksal der „Murkelbühne“, einer renommierten Theaterspielstätte für Kinder und Jugendliche. Dieser Initiative wurde zum 31.12.2010 gekündigt, ohne dass ein Ersatzstandort klar ist. Das Bezirksamt soll deshalb auch prüfen, ob die Initiative notfalls übergangsweise auf dem Bezirksamtgelände in der Fröbelstraße 17 untergebracht werden kann. Hier könnte zum Beispiel der BVV-Saal als provisorische Aufführungsstätte genutzt werden. Die Kritik an der aktuellen Situation steht in engem Zusammenhang mit dem Antrag der SPD-Fraktion zur Missbilligung des zuständigen Bezirksstadtrates Dr. Nelken (siehe Seite 1).

Maßnahmen gegen den Schleichverkehr in der Winsstraße

Durch die Überlastung der Prenzlauer Allee hat sich die Winsstraße mehr und mehr zur Ausweichstrecke entwickelt, die Autofahrer vor allem nutzen, um Staus und Behinderungen auf der Prenzlauer Allee zu umgehen. Diese Nutzung widerspricht aber dem Charakter der Winsstraße als Anwohnerstraße. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass sich im unmittelbaren Umfeld drei Schulen befinden und die Winsstraße einen wesentlichen Teil des Schulweges darstellt. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Fraktion, dass das Bezirksamt geeignete Maßnahmen überprüft, mit denen dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann. Insbesondere weist sie auf die Möglichkeit der Geschwindigkeitsbegrenzung hin, da diese erfahrungsgemäß zu einer deutlichen Verringerung der Attraktivität einer Straße für den Durchgangsverkehr führt.

Liefer- und Ladezonen in der Prenzlauer Allee

Die Prenzlauer Allee ist durch das Be- und Entladen des Lieferverkehrs für die ansässigen Geschäfte zeitweise nur noch einspurig befahrbar. Ungeachtet der allgemeinen Überlastung der

Prenzlauer Allee, die unter anderem zur Entwicklung von Ausweichverkehr beispielsweise in der Winsstraße führt (siehe „Maßnahmen gegen den Schleichverkehr in der Winsstraße“), verschärft dies die Situation zusätzlich. Deshalb soll das Bezirksamt prüfen, ob in der Prenzlauer Allee zwischen Metzger und Danziger Straße sowie zwischen S-Bahnhof Prenzlauer Allee und Metzger Straße Liefer- und Ladezonen eingerichtet werden können. Der Parkraum sollte jedoch nur zu den üblichen Geschäftszeiten als Liefer- und Ladezone genutzt werden dürfen und sonst weiterhin für parkende Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Weiterer Aspekt: Die kürzlich eingeführte Parkraumbewirtschaftung ermöglicht nunmehr, die ordnungsgemäße Nutzung der Liefer- und Ladezonen zu überwachen und sicherzustellen. Als Vorbild verweist die SPD auf die Ladezone vor dem Gebäude Wörther Straße 15.

Große Anfrage: Auswirkungen der Kürzung der Städtebauförderung

Am 11.11.2010 hat die Bundesregierung beschlossen, die Mittel für die Städtebauförderung um 155 Millionen Euro zu kürzen. Im Bereich „Soziale Stadt“ beträgt die Kürzung insgesamt sogar etwa 72 Prozent. Darunter leiden insbesondere große Städte wie Berlin. Um die Auswirkungen dieser dramatischen Kürzung für den Bezirk Pankow abschätzen zu können, stellt die SPD-Fraktion ihre Große Anfrage. Beantwortet werden soll insbesondere, wie das Bezirksamt die Auswirkungen der Kürzung allgemein beurteilt, wie hoch der Wegfall von Geldern für den Bezirk ausfällt, welche geplanten Projekte durch die Entscheidung auf Bundesebene konkret wegfallen müssen und welche Möglichkeiten das Bezirksamt sieht, den Wegfall der Mittel zu kompensieren oder Projekte durch andere Förderprogramme und Stiftungsmittel zu retten. Außerdem wird konkret nach den Auswirkungen auf das geplante Sanierungsgebiet Langhansstraße gefragt.

Pressemitteilung vom 2.11.2010

Jetzt: Zukunft der Kulturprojekte sichern!

„Die Murkelbühne ist ein Kulturprojekt mit Vorzeigecharakter. Sie fördert die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in einzigartiger Weise, unterstützt Theaterangebote an den Schulen und lädt regelmäßig zu ansprechenden Bühnenprogrammen ein. Für uns ist klar: Dieses Projekt muss im Interesse insbesondere der jungen Menschen in unserem Bezirk erhalten bleiben. Deshalb haben wir uns als SPD-Fraktion auch immer für die Murkelbühne engagiert“, erklärt Sabine Röhrbein, die Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, zu den zahlreichen Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zur Zukunft der Murkelbühne.

„Auf unsere Initiative hat sich die BVV Pankow mehrfach für den Erhalt der Kulturprojekte im Eliashof positioniert und die Suche nach Ersatzstandorten forciert. Der zuständige Bezirksstadtrat Dr. Michael Nelken von der Linksfraktion ist jetzt gefordert, umgehend die Verhandlungen für einen neuen Standort zum Abschluss zu bringen“, betont sie. „Auf der Website des Projektes ist bereits zu lesen, dass der Kurs- und Probenbetrieb ab dem 1. Januar 2011 in der Pappelallee stattfinden wird und das Haus gemeinsam mit der Musikwerkstatt Klangschmiede und dem museumspädagogischen Verein Jugend im Museum e.V. genutzt und entwickelt werden soll. Offenbar sind der Murkelbühne und den anderen Kulturprojekten bereits Zusagen gemacht worden. Diese sind dann aber auch einzuhalten. Wenn sich der Standort Pappelallee 41b aus welchen Gründen auch immer nicht realisieren lässt, muss umgehend eine andere Option her.“

Sabine Röhrbein weiter: „Die Zeit drängt, denn bereits vor einem Dreivierteljahr sind der Murkelbühne zum 31. Dezember 2010 ihre Räume im Eliashof gekündigt worden. Wir fragen uns, was der zuständige Stadtrat in dieser Zeit eigentlich gemacht hat. Jetzt muss rasch eine Lösung her, und Zeitdruck ist selten ein guter Ratgeber. Wir erwarten die Umsetzung der BVV-Beschlüsse zu den Kulturinitiativen im Eliashof und bei der BVV-Tagung am 3. November konkrete und verlässliche Auskünfte, wie es mit der Murkelbühne weitergeht.“

Zum Hintergrund: Die BVV Pankow hat bereits am 1. April 2009 beschlossen, dass für die im Eliashof ansässigen Initiativen umgehend Ersatzstandorte zu schaffen sind. Ziel war, sie gemeinsam im Sanierungsgebiet Helmholtzplatz unterzubringen. In der Folgezeit wurden verschiedene mögliche Objekte betrachtet – darunter auch ein Umzug ins Kulturensemble Thälmannpark, der sich nach aktuellem Sachstand leider nicht realisieren lässt. Auch wurde recht bald klar, dass für die Projekte jeweils Einzellösungen gefunden werden müssen. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat die BVV ihren Willen am 21. Januar 2010 bekräftigt und einen Zeit- und Maßnahmeplan zum weiteren Vorgehen gefordert. Sofern die Initiativen nicht gleich an einen neuen endgültigen Standort umziehen können, sollte das Bezirksamt Vorschläge für Übergangslösungen erarbeiten. Anfang Juli hat die BVV unter anderem von der SPD-Fraktion initiiert gefordert, die Suche nach Ersatzstandorten für die Kinder- und Jugendkulturprojekte aus dem Eliashof fortzusetzen. Im Sommer 2010 konkretisierte sich dann auch das Haus Pappelallee 41b, die ehemalige Musikschule, als möglicher Standort für die Murkelbühne. Das Objekt böte „auf der Basis eines tragfähigen wirtschaftlichen und kulturpolitischen Konzepts eigenverantwortliche Entwicklungsperspektiven für die Murkelbühne“, hieß es aus dem Bezirksamt. Die BVV wurde darüber informiert, dass die Bedingungen einer möglichen Nutzung inklusive geeignetem Betreiberkonzept geprüft würden. Eine Ergebnis liegt seither nicht vor. Jetzt ist es längst überfällig.

Pressemitteilung vom 22.11.2010

SPD will sofortigen Baustopp in der Kollwitzstraße 42

Die SPD im Bezirk Pankow fordert den sofortigen Baustopp des Vorhabens in der Kollwitzstraße 42. Mit dem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin- Brandenburg vom 16.11.2010 steht fest: Die Bebauung des Hinterhofs Kollwitzstraße 42 mit einem Seitenflügel und einem Hinterhaus ist unzulässig und die Rechte klageführender Nachbarn sind verletzt. Rechtswidrig ist damit auch die entsprechende Baugenehmigung des Bezirksamtes Pankow und konkret der von Bezirksstadtrat Dr. Michail Nelken (Die Linke) geleiteten Bau- und Planungsabteilung. Mehrfach hatte die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Vorfeld auf die Problemlage hingewiesen und den Stadtrat zum Eingreifen aufgefordert – ohne Erfolg. Er bleibt auch jetzt untätig, denn das Baugeschehen geht trotz Urteil weiter.

Die SPD im Bezirk Pankow fordert deshalb die unverzügliche Durchsetzung eines Baustopps sowie die Prüfung eines Rückbaus der bereits errichteten Gebäudeteile. „Stadtrat Dr. Nelken und sein Amt werden zur Belastung für den Bezirk. Sie müssen nun endlich rechtskonform handeln und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner schützen“, erklärt Alexander Götz, Kreisvorsitzender der SPD im Bezirk Pankow.

Die SPD-Fraktion fordert seit Jahren vom verantwortlichen Stadtrat, alle baurechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Mieterinteressen zu schützen und die städtebauliche Entwicklung zu steuern. „Es ist schlimm genug, dass es trotz klarer Warnungen unserer Fraktion so weit kommen musste. Dr. Nelken beschädigt das Vertrauen der Bevölkerung in Politik und Verwaltung“, kritisiert Sabine Röhrbein, Vorsitzende der SPD-Fraktion. „Auf der einen Seite problematisiert er bei jeder Gelegenheit die Aufwertung der Kieze und die soziale Verdrängung. Auf der anderen unternimmt er im Rahmen seiner Möglichkeiten nichts, um das eine zu ermöglichen und das andere zu verhindern. Ganz im Gegenteil befördern er und sein Amt wie in der Kollwitzstraße 42 konflikthafte Projekte“, so Röhrbein weiter. „Auf den Bezirk kommen dadurch vermutlich erhebliche Kosten zu.“ Die SPD-Fraktion wird das Urteil sorgfältig auswerten und daraus Konsequenzen ziehen.

Pressemitteilung vom 25.11.2010**SPD will Missbilligung von Stadtrat Nelken**

Zur BVV-Tagung am 1. Dezember 2010 bringt die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow eine Missbilligung des Bezirksstadtrat für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung, Dr. Michail Nelken (Linke) ein. Anlass dafür ist das fortgesetzte Nichtumsetzen zweier BVV-Beschlüsse, die im Zusammenhang mit der Umwidmung des Eliashof zur Schule stehen.

So hatte die BVV bereits am 1. April 2009 dafür votiert, dass das Bezirksamt und konkret die Abteilung Kultur ein Konzept zur Verlagerung der dort noch ansässigen Jugendkulturangebote vorzugsweise in bezirkliche Objekte erstellt. Die Ersatzstandorte sollten „umgehend“ geschaffen werden. Ein zweiter BVV-Beschluss von Ende Januar 2010 sieht einen Zeit- und Maßnahmenplan für den Umzug der Projekte vor. Planung und Vollzug der notwendigen Maßnahmen waren schon damals unbefriedigend. Bis heute jedoch sind keine Ersatzstandorte gefunden, obwohl Fristen und Zeitverläufe lange klar sind. Inzwischen ist die Schule eröffnet und wurde unter anderem dem renommierten Kinder- und Jugendtheater „Murkelbühne“ gekündigt – ohne dass klar ist, wo die jungen Talente künftig proben können.

„Unsere Fraktion hat sich angesichts der nicht einfachen Gemengelage lange geduldig gezeigt. Gleichzeitig haben wir unseren Willen unterstrichen, dass die Jugendkulturangebote aus dem Eliashof im Bezirk erhalten bleiben müssen“, betont die SPD-Fraktionsvorsitzende Sabine Röhrbein. „Dem ist der Bezirksstadtrat bis heute nicht gefolgt. Er riskiert mit seinem Verhalten, dass renommierte Träger des Kulturangebots im Bezirk Pankow den Bach runter gehen.“

Für die SPD ist der Vorgang nicht isoliert zu betrachten: Bereits im Juli 2009 hatte die BVV über eine Missbilligung des Bezirksstadtrats in Zusammenhang mit der Haushaltsplanaufstellung zu entscheiden. „Diese Missbilligung ist damals an unserer Enthaltung gescheitert“, erinnert der Bezirksverordnete und Kreisvorsitzende der SPD im Bezirk Pankow, Alexander Götz. „Wir hatten gehofft, dass Dr. Nelken diesen deutlichen Wink versteht. Doch im Gegenteil versucht er nach wie vor, die Arbeit, für die er bezahlt wird und politisch verantwortlich ist, durch andere erledigen zu lassen.“

Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 39. BVV-Sitzung, die am 19. Januar 2011 stattfindet, und kann unter www.spd-fraktion-pankow.de herunter geladen werden.